



CAUSA NPD-ORTSVORSTEHER

CDU, SPD und FDP wollen demokratische Entscheidung umbiegen

Man ist ja mittlerweile schon viel gewohnt, wie in Merkel-Deutschland demokratische Gewissheiten gedehnt werden, bis es den Herrschenden passt. In einem kleinen Dorf in Hessen zeigt sich gerade exemplarisch, wie die Altparteien von CDU und SPD im Falle des Falles demokratisch gefasste Entscheidungen mit Macht umzubiegen gedenken, um sich aus einer hochnotpeinlichen politischen Falle zu befreien. Sie üben unanständigen, wenn nicht unzulässigen Druck auf den Ortsbeirat Waldsiedlung der Gemeinde Altenstadt im hessischen Wetteraukreis aus, um den von ihren Leuten demokratisch gewählten Ortsvorsteher von der NPD (PI-NEWS berichtete) baldmöglichst aus dem Amt zu entfernen.

Man muss die Partei des gelernten Automobilkaufmanns und Angestellten Stefan Jagsch nicht mögen. Der 39jährige ist laut Wikipedia Ortsverbandsvorsitzender Altenstadt/Limeshain der NPD und hatte zuvor eine Reihe führender Ämter in der hessischen NPD inne. Aber Tatsache ist auch: Jagsch kandidierte bei verschiedenen Wahlen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Am 4. März 2018 kandidierte Jagsch als

Bürgermeister in der Gemeinde Altstadt. Auf ihn entfielen 249 Stimmen, was 6,0 Prozent der abgegebenen Stimmen entsprach. Bei den Ortsbeiratswahlen Waldsiedlung der Gemeinde Altstadt am 6. März 2016 erhielt er als NPD-Kandidat sogar 14,4 Prozent der Stimmen und errang einen von neun Sitzen im Ortsbeirat.

Jagsch wurde 2013 und 2014 im Verfassungsschutzbericht als führendes NPD-Mitglied erwähnt. Ähnliches passiert ja vielen Leuten inzwischen und nutzt sich ab. Wie gesagt – die NPD und ihre Politik mögen einem fremd, vielleicht sogar widerwärtig sein. Aber fest steht auch wie das Amen in der Kirche: die NPD wurde bei den hessischen Kommunalwahlen zugelassen, und Jagsch wurde mit 865 Stimmen in den Ortsbeirat Waldsiedlung gewählt. Das war demokratisch sauber und nicht zu beanstanden.

Absolut legal und ebenso demokratisch nicht zu beanstanden war auch seine Wahl zum Ortsvorsteher der Waldsiedlung am Donnerstag vergangener Woche. Die anwesenden Mitglieder von CDU (2), SPD (2), FDP (2) wählten ihn einstimmig ins Amt. Zwei Mitglieder von CDU und SPD fehlten entschuldigt an diesem Tag.

Jagsch hatte sich nicht nach diesem Amt gedrängt und niemanden unter Druck gesetzt. Er war einziger Kandidat, nachdem der bisherige Ortsvorsteher, der auf FDP-Ticket gewählt und ernannt worden war, aus Enttäuschung über mangelnde Unterstützung der Gemeinde mit SPD-Bürgermeister im Juni das Handtuch geworfen hatte. Der gesamte Ortsbeirat sprach Jagsch, der sich dem Vernehmen seiner Kollegen immer kooperativ verhalten hatte, das Vertrauen aus. Es war demnach eine bewusste, überlegte, einstimmige und mehrheitliche Entscheidung eines beschlussfähigen Gremiums.

Wer sich jedoch im höchsten Maße demokratisch unanständig und illegitim verhält, sind insbesondere die Altparteien von CDU und SPD auf Kreis-, Landes- und Bundesebene. Für deren Spitzenfunktionäre ist die Wahl des NPD-Mannes zum Ortsvorsteher durch ihre eigenen Gefolgsleute schlechterdings

der Supergau. Ausgerechnet ihre Parteien, die den Kampf gegen den rechten Extremismus zur Bibel erhoben haben, lassen sich mit Politikern ein und sprechen denen das Vertrauen aus, die doch als Neonazis bezeichnet werden. Bilanz: Ganz Deutschland zwischen Lachen und Weinen, und die CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer kommt im ARD-Sommerinterview diesbezüglich ins Stottern.

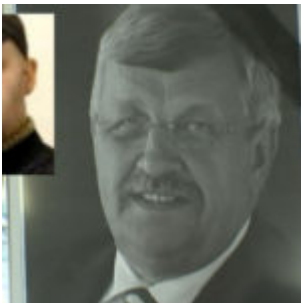
Was nun aber hinter den Kulissen abläuft, um den „Fehler“ auszumerzen, muss unanständig, wenn nicht unzulässig gewertet werden. Folgt man dem Spiegel, wurde inzwischen durch Mund-zu-Mund-Beatmung alles getan, um die Ortsbeiräte von CDU und SPD auf Linie zu bringen. Sie müssen, inzwischen heißt es – sie wollen – ihrem Beschluss pro Jagsch abschwören und einen aus ihren Reihen wählen. Es wird von den Berliner Parteiexperten darauf geachtet, dass nichts anbrennen kann: Zum Beispiel sollen zwei SPD-Ortsbeiräte der Waldsiedlung, die ihr Amt schamhaft zur Verfügung stellen wollten, das nicht dürfen, weil sich sonst die Abwahl von Jagsch verzögern könnte.

Eile tut offenbar Not. BILD meldet heute, dass sieben von neun Ortsbeiratsmitgliedern der Parteien CDU, SPD und FDP einen Abwahantrag unterschrieben hätten. Das habe die hessische Europaministerin Lucia Puttrich (CDU) am Montag in Wiesbaden mitgeteilt. Wie es scheint, ist eine Abwahl des NPD-Mannes nach der hessischen Gemeindeordnung in kürzerer Zeitspanne mehrheitlich möglich. Notwendig ist ein entsprechender Antrag von mindestens drei Ortsbeiräten, und Jagsch muss dann zügig eine Sitzung einberufen.

Falls sich der NPD-Mann aber gerichtlich wehren sollte, wie er es angekündigt hat, dürfte er nicht ganz chancenlos sein. Seine Wahl war schließlich hundertprozentig legitimiert, er hat sich nichts zuschulden kommen lassen, im Gegenteil wurde er von seinen Ortsbeiratskollegen für sein bisheriges Engagement gelobt, und es gibt keinen vernünftigen gerichtsfesten und demokratischen Grund, ihn gegen alle Vernunft aus dem Amt zu kippen. Wichtig: Dieser Schritt wird

vor allem mit Macht von außen, von den Spitzenfunktionären der Altparteien, aus demokratisch unbilligen Gründen gefordert und mit Nachdruck und unter erkennbarem Druck herbeigeführt. Als demokratisch gerechtfertigt – dazu noch auf unterster kommunaler Ebene – kann auch ein Gericht eine solche Einmischung wohl kaum erkennen und müsste entsprechend ablehnend reagieren.

Sollten sich die CDU-, SPD- und FDP-Granden am Ende doch durchsetzen, weiß man wenigstens, wohin die demokratische Reise hierzulande hin geht. (RB)



Der national-sozialistische Terror stellt eine Gefahr für die Demokratie dar

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der Mordfall Lübcke zeigt wieder einmal, wie wichtig es ist, dass sich die patriotisch-rechtskonservative Bewegung in Deutschland strikt und konsequent von allen national-sozialistischen Strömungen fernhält. Mit totalitären Anti-Demokraten gibt es absolut keine ideologisch Übereinstimmung. Zudem kommen aus deren Reihen immer wieder Gewalttäter, Terroristen und Mörder. Das extremistische Gedankengut in Parteien wie NPD, Die Rechte oder III.Weg führt eben nicht selten zu Radikalisierungen und

hat mit dem bürgerlich-demokratischen Spektrum rein gar nichts zu tun. Das ist für jeden Patriot eigentlich selbstverständlich, sollte aber trotzdem aus gegebenem Anlass noch einmal betont werden.

Der mutmaßliche Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke soll in der hessischen NPD tätig gewesen sein. Wie der Spiegel meldet, habe er vor zehn Jahren auch mit 400 Autonomen Nationalisten am 1. Mai in Dortmund eine Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) angegriffen. Wegen Landfriedensbruchs sei er zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. 1992 habe er auf einen Ausländer in einer Bahnhofstoilette eingestochen und 1993 einen Abschlag auf ein Asylbewerberheim durchgeführt.

Einige Mainstream-Medien und Politiker aus den etablierten Parteien versuchen nun aber in unzulässiger Weise, Verbindungen in die rechtskonservative Bewegung zu knüpfen. Ziel ist, die AfD, Bürgerbewegungen wie Pegida und Internetblogs der Freien Medien zu stigmatisieren. Dies ist ein Bestandteil des üblichen diffamierenden Propaganda-Feldzugs von Linken, die glauben, ihnen missliebige Meinungen am Besten mit der absurden „Nazi“-Keule plattmachen zu können.

Die National-Sozialisten können sie aber für sich behalten, denn es sind eigentlich Linksextremisten, worüber es in der Vergangenheit in Deutschland schon viele Diskussionen unter Historikern und Politikern gegeben hat. Zuletzt im vergangenen Jahr im Europäischen Parlament, was den SPD-Politiker Udo Bullmann auf die Palme brachte.

Gleichwohl versuchen echte Nazis immer wieder an die patriotische Bewegung anzudocken, um Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu bekommen, was unter allen Umständen verhindert werden muss. Oft hängen sich diese Figuren ein scheinbar demokratisches Mäntelchen um wie ein Karl Richter von der NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in München. Er outete sich aber unfreiwillig, als er in dem

Dokumentar-Spielfilm „Er ist wieder da“ im Interview dem Hitlerdarsteller sagte – als er die Kamera ausgeschaltet glaubte – dass er ihm heute wahrscheinlich nachfolgen würde.

Dieser bekennende Hitlerfan befürwortet auch folgerichtig Erdogans faschistische Methoden und flog kürzlich mit anderen National-Sozialisten aus ganz Europa zu der islamischen Terror-Organisation Hizbollah in den Libanon, um ihr seine Solidarität auszusprechen, was als eine Renaissance des Nazi-Islam-Paktes zu sehen ist.

National-Sozialisten sind aber nicht nur wegen ihrer antidemokratischen und gewaltaffinen Grundeinstellung gefährlich: Sie verbreiten aus ihrer komplett anti-amerikanischen und anti-israelischen Geisteshaltung gerne Verschwörungstheorien, dass islamische Terroranschläge wie 9/11 von den Amerikanern selber inszeniert seien. In dem Konflikt zwischen dem demokratischen Israel und den totalitären Islamfaschisten von Hamas, Hizbollah & Co stellen sie sich grundsätzlich auf die Seite der Mohammedaner.

Zudem verbreiten sie abstruse Gerüchte, dass die national-sozialistische Terror-Organisation NSU gar nicht für die Morde an den neun Ausländern verantwortlich sei, was völlig abstrus ist. AfD-Abgeordnete, die bei den NSU-Untersuchungsausschüssen Einsicht in die Akten haben, bestätigten mir, dass die Morde durch Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt absolut schlüssig nachgewiesen sind. Und Beate Zschäpe als langjährige national-sozialistische Komplizin, Beziehungspartnerin und Wohnungsgenossin muss natürlich davon gewusst haben, alles andere wäre absurd.

Die AfD hat völlig Recht, mit ihrer Unvereinbarkeitsliste Personen aus diesem radikalen Parteienspektrum gar nicht erst aufzunehmen. Man kann politisch Aktiven einfach nicht trauen, die sich zuvor jahrelang in einschlägigen kontaminierten Parteien herumgetrieben haben. Das Abgrenzen hat auch rein gar nichts mit „Spalterei“ zu tun, denn was nie zusammengehörte,

kann man auch nicht spalten.

Die Freien Medien haben am Dienstag eine gemeinsame Erklärung publiziert, zu der David Berger von Philosophia Perennis einleitend ausführt:

Bei den Diskussionen rund um die neuesten Erkenntnisse im Mordfall Lübcke wird immer deutlicher: Die Begriffe „rechtsradikal“ und „rechtsextrem“ wurden in den letzten Jahren -im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Rechts- so oft missbraucht, dass sie komplett unscharf geworden sind. Planmäßig und gefördert mit Millionen an Steuergeldern wurden von Heiko Maas und den Seinen in diesem Zusammenhang die Grenzen zwischen (Liberal-)Konservativen und Rechtsextremen verwischt.

Eine Situation, die Rechtsextremisten und Neonazis nutzen um sich hinter den um Rechtsstaat und Demokratie besorgen Bürgern zu verstecken bzw. den Widerstand gegen den gefährlichen Linksrutsch unserer Republik zu unterwandern. Die AfD hat hier sehr früh mit ihrer Unvereinbarkeitserklärung reagiert.

Viele der Freien Medien haben das im Rahmen ihrer Möglichkeit auch getan. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, haben sich nun Verantwortliche der Freien Medien zu einer klaren Stellungnahme veranlasst gesehen.

Diese gemeinsame Erklärung der Freien Medien geht auch auf die von Politik und Mainstream-Medien betriebene unzulässige Gleichsetzung von rechts- und liberalkonservativen Bürgern sowie ihrer Freien Medien mit tatsächlichen Nazis und Rechtsextremisten ein.

Am Dienstag gab es ab 20 Uhr einen Livetalk zum Thema mit Karoline Seibt, David Berger und mir, moderiert von Oliver Flesch. Hier das Video:



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.



Die Renaissance des Nazi-Islam-Paktes

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Mitte März haben die beiden NPD-Politiker Udo Voigt und Karl Richter zusammen mit anderen

national-sozialistisch orientierten Parteivertretern aus Europa die islamische Terror-Miliz Hisbollah im Libanon besucht. Dabei drückten sie bei einem Treffen in Beirut den radikalen Mohammedanern ihre Verbundenheit aus, deren Ziel vor allem die Auslöschung des israelischen Staates ist und die sich als bekennende Judenhasser durch ihren Hitlergruß solidarisch mit dem Holocaust-Verantwortlichen zeigen.

Die Hisbollah werde laut Facebook-Bericht von Richter „nur in Israel und bei pro-zionistischen Handlangern im Westen“ als Terror-Organisation angesehen. „Im Libanon“ hingegen könne man darüber „nur den Kopf schütteln“.

Dies dürfte höchstens bei dem Personenkreis der Fall sein, mit dem sich Richter traf. Die Christen dort und die Freunde des demokratischen Staates Israel sehen das mit absoluter Sicherheit anders.

Für Richter ist es allen Ernstes „der Betrachtung allemal wert“, inwieweit das „Erfolgsmodell der Hisbollah“ auch „rechten Parteien“ in Europa „zum Vorbild dienen“ könnte. Denn der „Erfolg“ beginne „immer an der Basis“, indem „die Herzen der Landsleute“ gewonnen werden.

Es ist eine dreiste Vereinnahmung, dass Richter von „rechten“ Parteien spricht. Rechtskonservative demokratische Parteien werden mit der radikal-islamischen Terrormiliz absolut nichts zu tun haben wollen. Es sind vielmehr national-sozialistisch orientierte, also im Prinzip linksradikale Parteien, die die Nähe zum Islam wie damals Hitler und die Nazis suchen. Auch die Jerusalem Post hat dieses Treffen von Islamfaschisten mit National-Sozialisten aufmerksam verfolgt.



Hier wiederholt sich der Geist des Nazi-Islam-Paktes, bei dem sich Adolf Hitler und Heinrich Himmler mit dem Großmufti von Palästina, Mohammed Amin al-Husseini, gegenseitig die Ähnlichkeiten ihrer totalitären Ideologien bestätigten. Beispielsweise den Hass auf Juden, die Bereitschaft zum kompromisslosen Kampf, die konsequente Gewaltausübung gegenüber Kontrahenten bis hin zum Töten, den Führerkult und den Anspruch auf die alleinige Herrschaft. Dies führte bekanntlich zu einer engen Zusammenarbeit, in deren Folge mehrere mohammedanische SS-Einheiten wie die „Handschar“ mit 25.000 freiwilligen Moslems gebildet wurden.



Richter berichtet auf seiner Facebookseite über den Besuch bei der Hisbollah wörtlich:

*Natürlich suchte auch die Delegation aus Europa das Gespräch mit Hisbollah-Vertretern – und versagte es sich nicht, den **Gefallenen der Bewegung, die als Märtyrer, Blutzeugen, verehrt werden, ihre Ehrerbietung zu bezeigen.** 200 von ihnen ruhen im „**Garten der Märtyrer**“, einem **Ehrenschein** der Miliz im Beiruter Stadtteil Rubeiri. Wegen der hohen Zahl der Gefallenen gibt es inzwischen noch eine zweite Grabhalle, die nur wenige Fahrtminuten von der ersten Gedenkstätte entfernt liegt. Hier liegen über 350 Kämpfer begraben. Frauen sitzen an den Gräbern, **auf den Grabplatten liegen Koran-Ausgaben, Blumen oder Erinnerungsgaben von Angehörigen.** Es ist fast körperlich zu spüren: die Gefallenen sind nicht vergessen. In der Erinnerung und der Verehrung, die ihnen die Gemeinschaft über den Tod hinaus entgegenbringt, leben sie weiter.*

PS: Ich wiederhole mich: Nein, ich hasse den Islam nicht. Ich hasse Medienhetzer und Kriegstreiber, Israel-Arschkriecher und transatlantische Vollhonks. Aber nicht den Islam.



Mit dieser Anbietderung an den totalitären Islam und der Kampfansage an die demokratischen Staaten Israel und USA müsste auch dem letzten patriotischen Demokraten klar werden, dass man mit solchen nationalistischen Extremisten, die die Einstellung von Richter teilen, nichts zu tun haben darf. Leider treiben sich im Umfeld der patriotischen Bürgerbewegungen nicht wenige derartige Figuren herum.



Auf Twitter gibt es ein Kurzvideo von Memri TV, auf dem Richter bei diesem faschistischen Treffen in Beirut zu sehen ist:



Ebenso Udo Voigt (Bild unten, rot), zusammen mit anderen National-Sozialisten aus Belgien, Kroatien, Italien und Großbritannien, die sich schlüssigerweise Europäische Allianz für „Frieden“ und Freiheit nennen. Da sind sie mit dem Chef für auswärtige Angelegenheiten der Hisbollah, Ammar Al-Moussawi, einem Vertreter der „Religion des Friedens“ (Bild unten links) in passender Gesellschaft:



Die intensiv vom Iran unterstützte Hisbollah, die in Großbritannien verboten ist, wurde vom Tagesspiegel 2016 als „gefährlichste Terror-Organisation der Welt“ bezeichnet:

Im Auftrag der iranischen Regierung erschossen die Hisbollah-Terroristen damals vier iranisch-kurdische Exilpolitiker. Sollte Terrorchef Nasrallah irgendwann auf die Idee kommen, erneut einen Anschlag in Berlin zu verüben, kann er beim örtlichen Personalpool aus dem Vollen schöpfen: **250 Hisbollah-Mitglieder zählt der Berliner Verfassungsschutz in der deutschen Hauptstadt.**



Die gefährlichste Terrororganisation der Welt: Kämpfer der Hisbollah. FOTO: DPA

Karl Richter hat in den vergangenen Jahren seine pseudo-demokratische Maske immer deutlicher fallen lassen. Bei den Dreharbeiten zum Dokumentations-Spielfilm „Er ist wieder da“ hatte er 2015 dem Hitler-Darsteller gesagt – als er die Kamera abgeschaltet wähnte – dass er ihm wahrscheinlich nachfolgen würde, wenn er „der echte“ wäre. Damit bekennt er sich zum Anstifter des industriellen Vergasens von 5,6 – 6,3 Millionen Juden, dem Anzettler eines Weltkrieges mit über 50 Millionen Toten und einem abartigen Rassisten, der unter anderem Juden und Slawen als minderwertig einstufte.



Mit dieser Geisteshaltung ist es auch nur konsequent, dass Richter den Islamfaschisten Erdogan, der seinerseits „Hitler-Deutschland“ mit seiner zentralstaatlichen präsidentialen Organisation als vorbildlich ansieht, nach dessen knallharten Säuberungen lobte. Denn „ein Staatschef“, der „kompromisslos nationale Interessen durchsetzt“, sei „grundsätzlich erst einmal etwas Gutes“. Solche Überzeugungen führen direkt in einen totalitären diktatorischen Unrechtsstaat.

Dieser Anti-Demokrat erklärte die AfD via Facebook am 27.4. 2018 als „erledigt“ und bezeichnete sie als „eine transatlantische, pro-israelische Mogelpackung, ein Auffangbecken der Globalisierer“. Richter kündigte an, künftig ein „Gegner“ der AfD zu sein.



Den Widerstandskämpfer Graf Stauffenberg sieht der Hitlerfan Richter konsequenterweise als „Verräter“ und verwehrt sich dagegen, dass die AfD ihn „als Vorbild zumutet“:



Bei bekennenden National-Sozialisten tickt ein festgezurrtes ideologisches Weltbild im Kopf, das von den unverrückbaren Säulen Anti-Israel und Anti-USA dominiert wird. Am 20. April, dem Geburtstag des „Führers“, demonstrierten in Wuppertal Neonazis von der Partei „Die Rechte“. Sie werben für Ursula Haverbeck, die den Holocaust leugnet und Adolf Hitler als ein „Geschenk Gottes“ ansieht. Für diese ideologisch gefährlichen Wirrköpfe ist tatsächlich Israel die große Gefahr und „unser Unglück“: